

Protokoll

der 45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 01. Februar 2011 im Bürgerhaus Rodheim

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr

Ende der Sitzung: 22:30 Uhr

Zuhörer: 6

Anwesende Stadtverordnete:

CDU

Egerter, Jörg
Förster, Hans-Jürgen
Hafner, Annegret (Vorsitzende)
Haupt, Emmi
Leonhardt, Erwin
Martin, Guido
Philippbaar, Astrid
Schnabel, Henrik
Schneiderbauer, Johann Baptist
Wendt, Thomas

SPD

Kreh, Erwin
Machalitzky, Jörg
Rathjens, Dr., Hans Peter
See, Herbert
Sill, Heinz
Zeidler, Reinhard

FWG

Groetsch, Paul
Sehr, Günter
Soff, Walter
Lamping, Christian
Moscherosch, Hans-Albert

puR

Launhardt, Cornelia
Schön, Norbert
Wyrwoll, Herbert

FDP

Hoffmann, Volker

Bündnis 90/Die Grünen

Scholz, Peter
Quägber-Zehe, Betina

Nichtanwesende Stadtverordnete:

CDU

Diemerling, Michael

SPD

Stengel, Christian

FDP

Korger, Dr. Lothar

Stadtverordneter

Welker, Helge

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Brechtel, Detlef
Erster Stadtrat Datz, Wolfgang
Stadtrat Blöcher, Gottfried
Stadträtin Karehnke, Regina
Stadtrat Kayacik, Haci
Stadtrat Schöniger, Arndt
Stadtrat Veen, Wulf-Berend
Stadtrat Wenzel, Klaus

Vom Magistrat waren nicht anwesend

Stadtrat Bickel, Heinrich
Stadträtin Dietrich, Petra

Schriftführer:

Kraus, Andreas

Protokoll der 45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.02.2011

Die Stadtverordnetenvorsteherin, Annegret Hafner, eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, indem sie alle Anwesenden herzlich begrüßt. Sie weist darauf hin, dass zu der Sitzung mit Ladung vom 24. Januar 2011 ordnungsgemäß form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass mit der Einladung die Tagesordnung zugestellt wurde. Des Weiteren stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Änderungswünsche bezüglich des Protokolls der 44. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ergeben sich nicht. Es ist somit angenommen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3 ohne Aussprache abzuhandeln.

Der Fraktionsvorsitzende der Bündnis90/Die Grünen, Peter Scholz, beantragt die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 dem Tagesordnungspunkt Haushaltsführung zuzuordnen. Weiterhin wird beantragt den Tagesordnungspunkt 11 vor dem Tagesordnungspunkt Haushaltsführung vorzusehen.

Die Tagesordnung würde, gemäß Vorschlag der Bündnis 90/Die Grünen, wie folgt aussehen:

1-3 bleiben, 4 alt wird neu 5.4 und 5.5, 5 alt wird neu 6, 6 alt wird neu 5.1, 7 alt wird neu 5.2, 8 alt wird neu 5.3, 9 alt wird neu 7, 10 alt wird neu 8, 11 alt wird neu 4, 12 alt wird neu 9, 13 alt wird neu 10, 14 alt wird neu 11.

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Haushaltssicherungskonzept
Beschlussfassung über die Fortschreibung 2010 - 2014
4. Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Geplanter Austausch von Geschwindigkeitsmesseinrichtungen
5. Haushaltsführung 2011
 1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Haushalt 2011
Anschaffung neue Geschwindigkeitsmessplätze
 2. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Haushalt 2011
Verpflichtungsermächtigung für den Grunderwerb in künftigen Baugebieten
 3. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Haushalt 2011 / Investitionsplanung 2012 – 2014
Erweiterung Fuhrpark Feuerwehr Rosbach
 4. Beschlussfassung des Haushaltsplanes / der Haushaltssatzung
 5. Beschlussfassung und des Investitionsprogramms 2010-2014

6. Bauleitplanung
Bebauungsplan OR 15 „Gewerbegebiet 2. Änderung –
Steuerung von Spielhallen“
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
2. Satzung über eine Veränderungssperre gem. § 16 BauGB
7. Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2011
Schneebeseitigung im Stadtgebiet
8. Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Umsetzung der Auflagen zum Bebauungsplan OR/12
9. Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Detaillierte Information zu den Erträgen aus der Spielgerätesteuern
10. Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.01.2011
Betreuungsschule Rosbach
11. Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.01.2011
Teichbelüftung Nieder-Rosbach

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Volker Hoffmann, beantragt die Tagesordnung nicht zu ändern.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Änderung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	6	6	--	--
FWG	5	1	4	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	--	1	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	--	--	--	--
Summe	26	21	5	--
Änderung der Tagesordnung beschlossen				

Somit steht die Tagesordnung wie folgt fest.

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Haushaltssicherungskonzept
Beschlussfassung über die Fortschreibung 2010 - 2014
4. Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Geplanter Austausch von Geschwindigkeitsmeseinrichtungen
5. Haushaltsführung 2011
 1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Haushalt 2011
Anschaffung neue Geschwindigkeitsmessplätze
 2. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Haushalt 2011
Verpflichtungsermächtigung für den Grunderwerb in künftigen Baugebieten
 3. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Haushalt 2011 / Investitionsplanung 2012 – 2014
Erweiterung Fuhrpark Feuerwehr Rosbach
 4. Beschlussfassung des Haushaltsplanes / der Haushaltssatzung
 5. Beschlussfassung und des Investitionsprogramms 2010-2014
6. Bauleitplanung
Bebauungsplan OR 15 „Gewerbegebiet 2. Änderung –
Steuerung von Spielhallen“
 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
 2. Satzung über eine Veränderungssperre gem. § 16 BauGB
7. Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2011
Schneebeseitigung im Stadtgebiet
8. Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Umsetzung der Auflagen zum Bebauungsplan OR/12
9. Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011
Detaillierte Information zu den Erträgen aus der Spielgerätesteuer
10. Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.01.2011
Betreuungsschule Rosbach
11. Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.01.2011
Teichbelüftung Nieder-Rosbach

Zu TOP 1	Mitteilungen
-----------------	---------------------

Stadtverordnetenvorsteherin:

--

Bürgermeister:

Bürgermeister Detlef Brechtel verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen, die dem Protokoll beigelegt sind.

Haupt- und Finanzausschuss:

Der Vorsitzende Dr. Hans Peter Rathjens berichtet aus der Sitzung vom 13.01.2011.

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Eröffnungsbilanz der Stadt zum 01.01.2009
- Vorstellung des ersten ungeprüften Entwurfes

Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2014

Haushaltsführung 2011 / Investitionsprogramm 2010 - 2014
- Beschlussempfehlung für die Stadtverordnetenversammlung

Umwelt- und Planungsausschuss:

Der Vorsitzende Johann-Baptist Schneiderbauer berichtet aus der Sitzung vom 18.01.2011.

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Bauvorhaben: Anbau einer Lagerhalle
 Befreiung Dachbegrünung
Bauherr: G+H Gebhard + Haumann GmbH & Co. KG,
 61348 Bad Homburg
Bauort: Dieselstraße 17, 61191 Rosbach v.d. Höhe

Bebauungsplan OR 15 „Gewerbegebiet 2. Änderung- Steuerung von Spielhallen“
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
2. Satzung über eine Veränderungssperre gem. § 16 BauGB

Zu TOP 2	Kleine Anfragen
-----------------	------------------------

Der Stadtverordnete Herbert See fragt bezüglich der Papierentsorgung in Rodheim und Nieder-Rosbach an, warum es zu erheblichen Verzögerungen in der Abholung gekommen war.

Teilweise standen die Mülltonnen das ganze Wochenende draußen.

Gibt es diesbezüglich Regressforderungen an den alten Entsorger?

Wie wird die Situation in Zukunft gehandhabt?

Bürgermeister Detlef Brechtel beantwortet die Fragen wie folgt:

Grund für diese Situation war der starke Schneefall. Die Situation konnte kurzfristig nicht bereinigt werden, da wir uns an der Nahtstelle zwischen Altvertrag und Beginn Neuvertrag befanden.

Wir haben uns dann damit geholfen, dass wir auf Anfragen den Betroffenen mitgeteilt haben, sie sollten doch das Papier in Kisten packen und bei der nächsten Abfuhr herausstellen.

Das ganze hat zu einer juristischen Überprüfung der Verträge geführt, um hier Regressforderungen gestellt werden zu können. Bei dem starken Schneefall wird nach einer ersten Prüfung jedoch keine Möglichkeit bestehen die Abfuhrfirma in Regress zu nehmen.

Künftig ist zu vermeiden, dass Papiertonnen, Mülltonnen oder Sperrmüll über das Wochenende auf der Straße stehen.

Wir haben festgestellt, dass wir den Schneeräumdienst auf die Situation der Müllfahrzeuge aber auch dem Busverkehr anpassen müssen. Dies haben wir getan.

Stadtverordneter Volker Hoffmann fragt an, ob auch Privatleute die über Räumfahrzeuge verfügen - gegen Bezahlung - in die Schneeräumung integriert wurden.

Bürgermeister Detlef Brechtel beantwortet die Anfrage wie folgt:

In einigen Fällen wurde dies praktiziert. Die Bereitschaft der Bevölkerung mitzuarbeiten ist grundsätzlich gegeben. Zu erwähnen ist, dass wir die Feuerwehr sowie die Landwirte in den Räumdienst mit eingesetzt haben.

Zu TOP 3	Haushaltssicherungskonzept Beschlussfassung über die Fortschreibung 2010 - 2014
-----------------	--

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2014 in der Fassung des Magistratsentwurfes vom 22.12.2010 wird gemäß Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.01.2011 beschlossen.

Neben den bereits im Haushaltsplan 2011 eingearbeiteten Maßnahmen mit Einsparungen bzw. Mehreinnahmen in Höhe von 659.200 € ist die Umsetzung weiterer Maßnahmen als Fortschreibung mit einem erwarteten Volumen von 335.000 € anzustreben.

Die abschließende haushaltsrechtliche Darstellung erfolgt über den 1. Nachtrag 2011.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	10	10	--	--
SPD	6	6	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	--	--	--	--
Summe	27	27	--	--
TOP 3 beschlossen				

Zu TOP 4	Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011 Geplanter Austausch von Geschwindigkeitsmesseinrichtungen
-----------------	--

Anfragetext:

Bereits mehrfach wurde von Seiten des Magistrats mündlich darauf hingewiesen, dass die vorhandenen Geschwindigkeitsmessanlagen der Stadt Rosbach erneuert werden müssten, da die Verfolgung der mit diesen Anlagen gemessenen Überschreitungen von Höchstgeschwindigkeiten nicht mehr gewährleistet sei.

Im Haushaltsentwurf des Jahres 2011 ist für diese Neuanschaffungen ein Betrag von € 150.000 vorgesehen.

Wir fragen den Magistrat in diesem Zusammenhang:

1. Um welche Anlagen (Fabrikat, Typ, ggf. Software- Stand und Standort im Stadtgebiet) handelt es sich im Einzelnen?
2. Werden die Anlagen derzeit noch für die Überwachung eingesetzt?
3. Ist die Zulassung der PTB für diese Anlagen bereits zurückgezogen oder eine Rücknahme angekündigt?
4. Wenn Frage 3) verneint wird:
 - a. Welche anderen Tatsachen liegen dem Magistrat vor, nach denen eine Verfolgung mit diesen Anlagen gemessenen Überschreitungen von Höchstgeschwindigkeiten nicht mehr gewährleistet sei (ggf. gerichtliche Entscheidungen, Aktenzeichen etc.)?
 - b. Gab es bereits Fälle, nach denen entsprechende OWi-Verfahren eingestellt werden mussten?
5. Können die alten Anlagen im Falle eines Austausches noch veräußert werden, und ist der eventuelle Veräußerungserlös bereits in die Investitionsplanung eingeflossen?

Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll beigelegt.

Zu TOP 5.1	Haushaltsführung 2011 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011 Anschaffung neue Geschwindigkeitsmessplätze
-------------------	---

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die im Haushaltsentwurf des Magistrats vorgesehene Investition für das Jahr 2011 in

Produkt-Nr. 02.122.10 (Öffentl. Sicherheit u. Ordnung),
Maßnahme Nr. 120 (Anschaffung neue Geschwindigkeitsplätze)

in Höhe von € 150.000

wird gestrichen. Der Ansatz für die Ausgaben und die Kreditaufnahmen in der Haushalts-satzung und der Teilhaushalte sind entsprechend zu vermindern. Die Investition ist in die Investitionsplanung für 2015 und 2016 aufzunehmen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ziehen aufgrund der detaillierten Beantwortung zur Anfrage ihren Antrag zurück.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Aufhebung der Redezeit zu den folgenden Punkten (5.2 bis 5.5) abstimmen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	10	10	--	--
SPD	6	6	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	--	--	--	--
Summe	27	27	--	--

Die Redezeit für die Punkte 5.2 bis 5.5 ist aufgehoben

Es folgen die Reden zum Haushalt der Fraktionen im Stadtparlament.

Zu TOP 5.2	Haushaltsführung 2011 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011 Verpflichtungsermächtigung für den Grunderwerb in künftigen Baugebieten
-------------------	---

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die im Haushaltsentwurf des Magistrats vorgesehene Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Jahr 2012 in

Produkt-Nr. 09.511.20 (Bodenordnung), Maßnahme Nr. 0113
(Grunderwerb in künftigen Baugebieten)

in Höhe von € 1.000.000

wird gestrichen. Der Ansatz für die Verpflichtungsermächtigungen in der Haushaltssatzung ist entsprechend zu vermindern.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	10	--	10	--
SPD	6	--	6	--
FWG	5	--	5	--
puR	3	--	3	--
FDP	1	--	1	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		--
Stadtverordneter Helge Welker	--	--	--	--
Summe	27	2	25	--
TOP 5.2 Antrag abgelehnt				

Zu TOP 5.3	Haushaltsführung 2011 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011 Haushalt 2011 / Investitionsplanung 2012 – 2014 Erweiterung Fuhrpark Feuerwehr Rosbach
-------------------	--

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die im Haushaltsentwurf des Magistrats vorgesehene Investitionsplanung für die Jahre 2012-2014 in

Produkt-Nr. 02.126.10 (Brandschutz)

wird wie folgt erweitert:

Erweiterung Fuhrpark (ELW1 Rosbach, MTF Rosbach, GM HAB)
für 2012 425.000 €

Erweiterung Fuhrpark (GW-L Rosbach)
für 2013 150.000 €

Erweiterung Fuhrpark (HLF 20/16)
für 2014 330.000 €

und wie folgt verringert:

Weitere Investitionen 2015-2016
90.000 € (statt bisher 800.000 €)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht ihren Antrag zurück.

Zu TOP 5.4	Haushaltsführung 2011 Beschlussfassung des Haushaltsplanes / der Haushaltssatzung
-------------------	--

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2011 wie folgt:

Haushaltssatzung 2011 der Stadt Rosbach v.d.Höhe

Aufgrund der §§ 114a ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S.142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.03.2010 (GVBl. I S. 119) hat die Stadtverordnetenversammlung am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das **Haushaltsjahr 2011** wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf (Pos. 10 + 21)	21.378.400 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf (Pos. 19 + 22)	21.971.200 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf (Pos. 25)	2700 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf (Pos. 26)	0 EUR

mit einem Fehlbetrag von (Pos. 28)	590.100 EUR
------------------------------------	--------------------

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf (Pos. 9)	541.600 EUR
--	--------------------

und dem **Gesamtbetrag** der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf (Pos. 10 + 11 +13)	5.672.000 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf (Pos. 12 + 14)	9.907.000 EUR

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf (Pos. 16)	4.235.000 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf (Spalte 17)	909.600 EUR

Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von (Pos. 19)

368.000 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2011 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, wird auf **4.235.000 EUR** festgesetzt (davon 1.235.000 € vom Kreditmarkt sowie 3.000.000 € vom Hessischen Investitionsfonds).

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2011 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf **2.380.000 EUR** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite die im Haushaltsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000 EUR** festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf 278 v.H.
 - b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf 250 v.H.
2. Gewerbesteuer auf 337 v.H.

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Der Magistrat entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben (§100 HGO), soweit diese nicht als erheblich anzusehen sind.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von jeweils **15.000 EUR** gelten als nicht erheblich.

Rosbach, den

Der Magistrat der Stadt

Rosbach v.d. Höhe

Brechtel
Bürgermeister

Die CDU Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, der nach der Kommunalwahl zusammenkommen- den Stadtverordnetenversammlung die nach § 12 Abs. 2 S. 2 GemHHVO notwen- digen Schätzungen der nach der Fertigstellung der Maßnahme entstehenden Haushaltsbelastungen für die bereits begonnenen Investitionsmaßnahmen in der ersten Sitzung beizufügen.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit dem Ergebnis der Ausschreibungen für die Sporthalle Rodheim die nach § 12 Abs. 2 S. 2 GemHVO notwendigen Schätzung der nach der Fertigstellung der Maßnah- me entstehenden Haushaltsbelastungen vorzulegen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Punkt 1 des CDU Antrages abstimmen:

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	10	10	--	--
SPD	6	6	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	--	--	--	--
Summe	27	27	--	--
Punkt 1 des CDU Antrages beschlossen				

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Punkt 2 des CDU Antrages abstimmen:

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	10	10		
SPD	6	6		
FWG	5	5		
puR	3	3		
FDP	1	1		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
Stadtverordneter Helge Welker	--	--		
Summe	27	27		
Punkt 2 des CDU Antrages beschlossen				

Es folgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Magistrat bezüglich des Haushaltsplanes / der Haushaltssatzung.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
----------------------------	---------------	-----------	-------------	-------------------

Protokoll der 45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.02.2011

CDU	10	10	--	--
SPD	6	6	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	--	--	2
Stadtverordneter Helge Welker	--	--	--	--
Summe	27	25	--	2
TOP 5.4 Haushaltsplan 2011 / Haushaltssatzung 2011 beschlossen				

Zu TOP 5.5	Haushaltsführung 2011 Beschlussfassung und des Investitionsprogramms 2010-2014
-------------------	---

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2010 bis 2014.

Die Endsummen im Programm werden wie folgt festgesetzt:

2010	8.232.000,00 €
2011	9.907.000,00 €
2012	5.962.000,00 €
2013	2.183.000,00 €
2014	453.000,00 €

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	10	10	--	--
SPD	6	6	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	--	--	2
Stadtverordneter Helge Welker	--	--	--	--
Summe	27	25	--	2
TOP 5.5 beschlossen				

Zu TOP 6	Bauleitplanung Bebauungsplan OR 15 „Gewerbegebiet 2. Änderung – Steuerung von Spielhallen“ 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB 2. Satzung über eine Veränderungssperre gem. § 16 BauGB
-----------------	--

Beschlussvorschlag des Magistrates:

1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Absatz 1 BauGB

- 1.1. Zu dem Bebauungsplan OR 15 „Gewerbegebiet“ wird ein Änderungsplan aufgestellt. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung OR 15 „Gewerbegebiet 2. Änderung - Steuerung von Spielhallen“.
- 1.2. Der Änderungsplan des Bebauungsplanes erfolgt im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB.
- 1.3. Der betroffenen Öffentlichkeit wird durch Auslegung des Bebauungsplanentwurfes analog § 3 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
- 1.4. Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange erfolgt analog § 4 Abs. 2 BauGB

2. Satzung über eine Veränderungssperre gemäß § 16 BauGB

- 2.1. Die Stadt erlässt zur Sicherung der Planung für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes OR 15 „Gewerbegebiet 2. Änderung- Steuerung von Spielhallen“ die als Anlage beigefügte Satzung über eine Veränderungssperre mit dem Inhalt, dass
 - Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB, dies sind insbesondere die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen, nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen;
 - erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen.
- 2.2. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Stadt.
- 2.3. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Stadt nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat gemäß § 50 Abs. 1 HGO über Ausnahmen von der Veränderungssperre, die nicht die Errichtung und den Betrieb einer Spielhalle betreffen und unter der Voraussetzung dass die Vorhaben den Festsetzungen des Bebauungsplanes entsprechen, zu entscheiden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Punkt 1 des Beschlussvorschlages des Magistrates abstimmen:

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	10	10	--	--
SPD	6	6	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	--	--	--	--
Summe	27	27	--	--
TOP 6 Punkt 1 (Aufstellungsbeschluss) beschlossen				

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Punkt 2 des Beschlussvorschlages des Magistrates abstimmen:

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	10	10		
SPD	6	6		
FWG	5	5		
puR	3	3		
FDP	1	1		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
Stadtverordneter Helge Welker	--	--		
Summe	27	27		
TOP 6 Punkt 2 (Satzung) beschlossen				

Zu TOP 7	Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2011 Schneebeseitigung im Stadtgebiet
-----------------	--

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Bauhof der Stadt Rosbach ein Konzept zu erstellen, wie bei künftigen starken Schneefällen eine Schneebeseitigung im Stadtgebiet möglich ist, die ein vollständiges Aufrechterhalten des Verkehrs in zwei Spuren und eine Befreiung der Straßen von dem gefallenem Schnee ermöglicht.

Folgende Punkte sind bei der Konzepterstellung zu beraten:

- Eine Abkehr der bisher praktizierten „eingeschränkten Schneeräumung im Stadtgebiet“
- Ein minimaler Einsatz von Salz bei Schneefall

Die CDU-Fraktion zieht den Antrag zurück.

Zu TOP 8	Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011 Umsetzung der Auflagen zum Bebauungsplan OR/12
-----------------	---

Anfragetext:

Bereits im September 2010 haben wir auf die Abholzung von Bäumen und Versiegelung von Grünflächen auf der Gewerbeliegenschaft in Ober-Rosbach zwischen B455, Nieder-Rosbacher Straße und Konrad-Adenauer-Straße (Sparkasse, Rofu, Penny etc.) im Gebiet des Bebauungsplans OR/12 hingewiesen. Mittlerweile sind die Arbeiten abgeschlossen, und es offensichtlich, dass hier die Auflagen des Bebauungsplans zur Begrünung von Freiflächen bzw. Anpflanzungen von Bäumen bei der Errichtung von Parkplätzen nicht eingehalten wurden. Wir fragen den Magistrat in diesem Zusammenhang:

1. Ist der Magistrat mit uns einer Meinung, dass hier die Auflagen des Bebauungsplanes unbedingt und unverzüglich durchgesetzt werden müssen, um:
 - a. einen Präzedenzfall bezüglich der Umgehung der Auflagen zu vermeiden.
 - b. für eine Gleichbehandlung aller Gewerbetreibenden im Gebiet des Bebauungsplanes zu sorgen
 - c. und das städtebauliche Erscheinungsbild des „Knotens Mitte“ zu verbessern?
2. Was hat der Magistrat bisher unternommen, um die im Bebauungsplan vorgesehenen grünplanerischen Maßnahmen durchzusetzen?
3. welche Erfolge hatten diese Bemühungen?
4. Welche weiteren Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang geplant?
5. Bis zu welchem Termin ist mit einer abschließenden Umsetzung der Auflagen zu rechnen?

Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll beigefügt.

Zu TOP 9	Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 23.01.2011 Detaillierte Information zu den Erträgen aus der Spielgerätsteuer
-----------------	--

Anfragetext:

Seit Februar 2006 erhebt die Stadt Rosbach eine Spielapparatesteuer. Im Haushaltsjahr 2011 sind hieraus Erträge in Höhe von € 56.000 veranschlagt. Ein Vergleich der Rosbacher Spielapparatesteuersatzung mit denen anderer Gemeinden in Hessen zeigt, dass die in Rosbach veranschlagten Höchstbeträge für diese Steuer z.T. erheblich unter denen anderer Gemeinden liegen. In diesem Zusammenhang fragen wir den Magistrat:

1. Wie viele Spielapparate unterliegen derzeit in Rosbach der SpielAS, aufgeschlüsselt nach den Fällen gemäß § 4, Abs. 1 Ziffer 1 a) und b), Ziffer 2 a) und b) sowie Ziffer 3 a) und b)?
2. Für wie viele Geräte, aufgeteilt nach der o.a. Unterteilung, wird eine Besteuerung nach Höchstbeträgen gemäß § 5 Abs. 2 Spiel AS vorgenommen?
3. Für wie viele Geräte, aufgeteilt nach der o.a. Unterteilung, die nach Einnahmen der Bruttokasse besteuert werden, wird die Begrenzung der Steuer auf die Höchstbeträge nach § 4 Abs. 1 wirksam (durchschnittliche Anzahl pro Monat, bezogen auf ein Jahr)?

Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll beigefügt.

Zu TOP 10	Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.01.2011 Betreuungsschule Rosbach
------------------	---

Anfragetext:

Die Betreuungsschule an der Kapersburgschule wurde durch die Stadt im Jahr 2010 übernommen. Die Fraktion der CDU Rosbach stellt in der kommenden Stadtverordnetenversammlung am 01. Februar 2011 nachfolgende Fragen:

1. Gab es durch die Übernahme der Betreuungsschule Veränderungen im Angebot der Betreuungsmöglichkeiten?
2. Hat die Stadt bereits eine Übersicht, wie viele Plätze in der Betreuungsschule mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 benötigt werden? Wird es möglich sein, sämtliche neuen Erstklässler, die eine sich an die Schulzeit anschließende Betreuung benötigen, aufzunehmen?

Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll beigelegt.

Zu TOP 11	Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.01.2011 Teichbelüftung Nieder-Rosbach
------------------	--

Anfragetext:

Der große Teich in Nieder-Rosbach wird seit dem Jahr 2009 im Winter durch eine große elektrische Pumpe belüftet. Im Winter 2010/2011 wird die Belüftung seit dem 15.10.2010 betrieben. Die Fraktion der CDU Rosbach stellt daher in der kommenden Stadtverordnetenversammlung am 01. Februar 2011 nachfolgende Fragen:

1. Welchen Zweck erfüllt die Belüftung der großen Teichanlage im Winter, von wem wurde sie beantragt, wer hat sie genehmigt?
2. Welchen ökologischen Nutzen erfährt der große Teich durch die Belüftung im Winter?
3. Wer hat die Pumpe gestellt und wer ist Kostenträger der Belüftung des Teiches?

Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll beigelegt.

Rosbach v.d.Höhe, 05. Februar 2011



Annegret Hafner
Stadtverordnetenvorsteherin



Andreas Kraus
Schriftführer